

1. EINLEITUNG

Von der Schwierigkeit, ein halbes Buch zu schreiben

Die vorliegende Studie hat eine längere Vorgeschichte. Es begann damit, dass ich 2005 die Aufgabe übernahm, ein halbes Buch zu schreiben. Ich sollte nämlich innerhalb eines Jahres den ersten Teil einer Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter erarbeiten, in dessen Mittelpunkt der Prozess der Industrialisierung im 19. Jahrhundert zu stehen hatte. Dabei war an eine Überblicksdarstellung für einen breiteren Leserkreis gedacht. Das klang zunächst einmal nach leicht verdientem Geld. Es gab ja schließlich zwei umfangreiche Standardwerke zur Geschichte der sächsischen Industrialisierung, auf die man zurückgreifen konnte. Je mehr ich mich aber in Rudolf Forbergers vierbändiges Kompendium zur „Industriellen Revolution in Sachsen“ und Hubert Kiesewetters dicken Band „Industrialisierung und Landwirtschaft“¹ vertiefte, desto mehr Zweifel kamen mir, ob sich auf der Grundlage der hier präsentierten Befunde die Dynamik der sächsischen Industrialisierung hinreichend erfassen ließ.

Forbergers Werk besteht zu großen Teilen aus detailreichen Beschreibungen technologischer Entwicklungen, ihrer Diffusion in Sachsen und der Dokumentation von Fabrikgründungen. Zwar stand hinter dieser Arbeit sicherlich ein modellhafter Entwurf, wie eine „Industrielle Revolution“ ablief und sich entfaltete. Notwendigerweise gründete eine in der DDR verfasste Studie regionaler Industrialisierung im geschichtsphilosophischen Werk von Karl Marx und Friedrich Engels bzw. den daraus hergeleiteten parteiamtlichen Lesarten. Forberger behandelt den Industrialisierungsprozess getreu dieser Vorgaben als nicht weiter zu hinterfragende, eherne Gesetzmäßigkeit und widmet sich ganz der deskriptiven Darstellung der Entwicklung der industriellen „Produktivkräfte“ in Sachsen.² Im Ergebnis bestehen die beiden Text- und die beiden Materialbände aus der Aneinanderreihung empirischer Einzelbefunde. Ein schlüssiges Gesamtbild des Ablaufs der Industrialisierung in Sachsen, ihrer spezifischen Antriebskräfte und Wirkungszusammengänge ergibt sich daraus nicht.

Kiesewetter orientiert sich in seiner Studie – soweit sich dies erschließen lässt – im wesentlichen an drei mehr oder minder gängigen Lesarten der historischen Industrialisierungsforschung. Der (ursprüngliche) Titel des Werks „Industrialisierung und Landwirtschaft“ rekurriert (1.) auf die These, dass „selbsttragendes“ Wirtschaftswachstum einen qualitativen Sprung des landwirtschaftlichen Produktivitätsniveaus voraussetze. Nur wenn eine rasch wachsende Bevölkerung dauerhaft

1 Forberger, Revolution; Kiesewetter, Industrialisierung und Landwirtschaft. Kiesewetters Buch ist 2007 in fast unveränderter Fassung unter dem Titel „Die Industrialisierung Sachsens“ neu erschienen. Im Folgenden wird diese Neuauflage zitiert.

2 Vgl. Forberger, Revolution 1/1, S. 15, 23, 38–41.

ernährt werden konnte, ließ sich der Teufelskreis von Wirtschaftswachstum, Bevölkerungsvermehrung, Subsistenzkrise, Bevölkerungsschwund und schließlich des Rückfalls auf das ökonomische Ausgangsniveau durchbrechen, den vormoderne Wirtschaften immer wieder durchlaufen hatten.³ Kiese wetters Nutzenanwendung dieses Interpretaments läuft auf die These hinaus, dass der Bevölkerungsanstieg in Sachsen den Industrialisierungsprozess forciert habe, da nur so der Import von Nahrungsmitteln aus ländlichen Überschussgebieten erwirtschaftet werden konnte.⁴

Hubert Kiese wetters Studie steht (2.) in der langen Reihe von Untersuchungen, die den Stellenwert staatlichen Handelns an der Einleitung und am Verlauf von Industrialisierungsprozessen in den Blick nehmen. Im Ergebnis schreibt Kiese wetter den staatlichen Maßnahmen der Gewerbeförderung, dem Ausbau von Bildungseinrichtungen und der Verkehrsinfrastruktur oder den vormärzlichen Agrar-, Verwaltungs- und Verfassungsreformen wichtige „industrialisierungsfördernde Wirkungen“ zu.⁵ Allerdings ließ sich der sächsische Staat für die Implementierung der vermeintlich bedeutsamsten institutionellen Rahmenbedingung zur Einleitung industriekapitalistischer Wachstumsprozesse ungebührlich viel Zeit: Erst zum 1. Januar 1862 wurde im Königreich Sachsen die alte Zunftverfassung außer Kraft gesetzt, und eine moderne, auf dem Prinzip von Gewerbefreiheit und ungehindertem Marktwettbewerb basierende Wirtschaftsordnung trat an ihre Stelle. Für die frühindustriellen Entwicklungen in Sachsen scheint diese Verspätung zumindest kein Hindernis gewesen zu sein: Sowohl für Forberger als auch für Kiese wetter setzt das Jahr 1861 den zeitlichen Schlusspunkt ihrer Industrialisierungsstudien.

Schließlich knüpft Kiese wetter (3.) zumindest terminologisch an das lange Zeit in der historischen Industrialisierungsforschung außerordentlich einflussreiche Erklärungsmodell des amerikanischen Nationalökonomen Walt W. Rostow an. Rostows in den 1950er Jahren entwickeltes Konzept liest sich heute wie eine gedankliche Blaupause aus dem frühen „Atomzeitalter“: Die Industrielle Revolution vollzieht sich hier analog einer atomaren Kettenreaktion. Um eine solche Reaktion in Gang zu setzen, ist ein hoher Energieaufwand nötig, sprich: massive Investitionen in Betriebs- und vor allem Anlagekapital. Die „kritische Masse“ ist nach Rostow erreicht, wenn eine Volkswirtschaft permanent eine Investitionsquote in Sachkapital von mehr als zehn Prozent des Sozialprodukts verzeichnet. Danach läuft der Prozess der Industrialisierung in einem „Take-off into self-sustained growth“⁶ rasch und mit urwüchsiger Gewalt ab. Kiese wetter legt sich schon in der Einleitung punktgenau auf das Jahr 1832 fest als Datum, zu dem der Industrialisierungsprozess in Sachsen den „Zustand eines eigendynamischen Wachstums“ erreicht habe.⁷ Es

3 Als neuere Version dieser Lesart siehe etwa: Komlos, Überblick, S. 490–511.

4 Vgl. Kiese wetter, Industrialisierung, S. 31–35; sowie ders., Erklärungshypothesen, S. 315–319.

5 Kiese wetter, Industrialisierung, S. 571 f.; vgl. auch ders., Erklärungshypothesen, S. 324–327. Zur allgemeinen Forschungsdiskussion ausführlich: Boch, Staat.

6 So der Titel eines Aufsatzes von 1956, abgedruckt in: Rostow, Stages, S. 36–58; sowie in knapper Darstellung: Buchheim, Einführung, S. 21; Pierenkemper, Gewerbe, S. 98 f.

7 Vgl. Kiese wetter, Industrialisierung, S. 25 f.

findet sich allerdings im ganzen Buch kein Hinweis darauf, wie er zu dieser erstaunlichen Erkenntnis gekommen ist.

Eine zweite, für seine Untersuchung folgenreichere Anleihe bei Rostow nimmt Kiesewetter, indem er a priori „die für die sächsische Industrialisierung entscheidenden Gewerbebranchen“ benennt.⁸ Er knüpft damit offenbar an das Konzept der *Leading Sectors* an. Als Führungs- oder Leitsektoren gelten in der von Rostow beeinflussten Industrialisierungsforschung diejenigen Branchen und Wirtschaftssektoren, in denen sich industrielle Produktionsformen zuerst durchsetzten und die Ausbreitungseffekte auf andere Wirtschaftssektoren ausübten, die mit ihnen funktional verknüpft waren. Rostow unterscheidet dabei Vorkopplungs- und Rückkopplungseffekte (*Forward* und *Backward Linkages*). Einerseits induzierte der massiv erhöhte und verbilligte *Output* des Leitsektors eine industrielle Wachstumsdynamik in Wirtschaftsbereichen, in denen diese Produkte verbraucht wurden. Andererseits wurde industrielles Wachstum über die *Input*-Seite der Leitsektoren auf andere, vorgelagerte Wirtschaftsbranchen übertragen. Die Industrialisierung der Eisen- und Stahlproduktion etwa hatte wichtige *Vorkopplungseffekte*, da durch eine massenhafte Bereitstellung hochwertiger und billiger Roh- und Halbwaren die industrielle Massenproduktion in den metallverarbeitenden Branchen angeregt wurde. Die Entstehung einer Eisen- und Stahlindustrie hatte aber auch bedeutsame *Rückkopplungseffekte*, da sie mit einer markanten Erhöhung des Steinkohlebedarfs verbunden war und somit die Wachstumsdynamik des Kohlenbergbaus mit in Gang setzte.⁹

Kiesewetter klopft nun am Beispiel Sachsens diejenigen Branchen ab, denen solche Funktionen gemeinhin zugeschrieben worden sind: den Steinkohlenbergbau, die Eisen- und Stahlerzeugung, die Baumwollspinnerei, den Maschinenbau und den Eisenbahnbau. Doch welchen Stellenwert besaßen diese von Kiesewetter a priori benannten Führungssektoren für die Ausprägung der Industrieregion Sachsen tatsächlich? Zwar entstand im Zuge des Eisenbahnbaus und der Erschließung der erzgebirgischen Steinkohlelager das ein oder andere Hütten- und Eisenwerk. Doch ein Montanverbund von Kohlenbergbau, Verhüttung, Roheisen- und Stahlerzeugung prägte sich hier nicht in nennenswertem Maße aus. Die Baumwoll-Maschinenspinnerei entwickelte sich zwar in Sachsen für deutsche Verhältnisse außergewöhnlich früh und kräftig. Doch schon ein flüchtiger Blick auf die einschlägigen Statistiken zeigte, dass dieser vermeintliche Führungssektor seit dem Ende der 1830er Jahre nur noch langsam wuchs und 1861 seine ehemals herausragende Position innerhalb des Zollvereins eingebüßt hatte.¹⁰

Auf der anderen Seite spielt der ganz übrige Textilsektor bei Kiesewetter eine allenfalls periphere Rolle. Dies liegt wohl nicht zuletzt am Zuschnitt des Untersuchungszeitraums seiner Studie und den dahinter liegenden konzeptionellen Prämissen. Die Verengung des Untersuchungszeitraums auf gerade einmal 46 Jahre führt

8 Ebd., S. 40.

9 Als knapper Abriss vgl. Pierenkemper, *Gewerbe*, S. 98 f.; sowie Kiesewetter, *Erklärungshypothesen*, S. 321 f.

10 Vgl. Karlsch/Schäfer, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 29 f., 70 f.; Kiesewetter, *Industrialisierung*, S. 358, 382.

dazu, dass Kiesewetter in der regionalen Web- und Wirkwarenwirtschaft der Zeit offenbar nichts anderes erkennen kann als die „krisenträchtigen Textilbranchen“¹¹, die einem unvermeidlichen Niedergang entgegen gingen. Nun ist aber das Profil der sächsischen Gewerbewirtschaft von jeher ganz wesentlich von den Garn verarbeitenden Branchen bestimmt. Schon in der Frühneuzeit waren im sächsischen Vogtland, im westlichen Erzgebirgsraum und in der Oberlausitz Leinenstoffe, Woll- und Baumwollgewebe, Strümpfe, Spitzen und andere Textilwaren in großen Mengen für den überregionalen Absatz gefertigt worden. Die frühzeitige Entstehung der südwestsächsischen Maschinenspinnerei dürfte ohne die Nachfrage dieser Garn verarbeitenden Gewerbe kaum zu erklären sein. Mit der Entscheidung für das Ausgangsjahr 1815 klammert Kiesewetter jedoch die „protoindustriellen“ Vorläufe der sächsischen Industrialisierung weitgehend aus.

Allem Anschein nach verschwand der verarbeitende Textilsektor nicht während der Industriellen Revolution. Im Gegenteil, um 1900 war die Textilindustrie der bei weitem größte Zweig der sächsischen Gewerbewirtschaft, zumindest was seinen Anteil an den Beschäftigten angeht.¹² Das „protoindustrielle“ Textilgewerbe hatte offensichtlich einen Wandel durchlaufen, war zur *Textilindustrie* geworden. Doch der Übergang zur Maschinenweberei, -wirkerei und -stickerei vollzog sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wenn man nun meint, die Industrialisierung in Sachsen habe schon 1861 einen Punkt erreicht hatte, an dem man sie getrost sich selbst überlassen konnte, dann gerät auch diese Entwicklung größtenteils aus dem Blickfeld.

Kurz, im Laufe der Arbeiten an meinem halben Buch kam ich zunehmend zu der Erkenntnis, dass man die Industrialisierung in Sachsen als allmählichen Prozess begreifen sollte, der sich nicht nur über einige Jahrzehnte erstreckte. Da traf es sich gut, dass auch in der historischen Industrialisierungsforschung mittlerweile die Skepsis an der Stimmigkeit von Modellen überwiegt, die das Sprunghafte des Industrialisierungsprozesses hervorheben.¹³ Allerdings gestaltete sich nun die Erarbeitung meines Manuskripts, vor allem was die Industrialisierung des Textilsektors anbelangt, mühsamer als vorhergesehen. Ich musste auf eine ältere Literatur zurückgreifen, die größtenteils vor dem Ersten Weltkrieg erschienen war. Dies war nun doch kein so leicht verdient Geld.¹⁴ Ich hatte also das Desiderat einer zeitgemäßen, wissenschaftlich fundierten Studie zur Genese der sächsischen Textilindustrie am eigenen Leibe erfahren. Was lag da näher als der Gedanke, diesem Mangel mit einem neuen Forschungsprojekt Abhilfe zu verschaffen?! Die Gerda-Henkel-Stiftung, Düsseldorf, hat dankenswerterweise dieses Projekt finanziert. Mein Dank gilt auch Rudolf Boch, der das Forschungsprojekt an seinem Lehrstuhl an der Technischen Universität Chemnitz organisatorisch betreut hat und mir mit Rat und Tat zur Seite gestanden ist.

11 Kiesewetter, *Industrialisierung*, S. 208.

12 Vgl. Karlsch/Schäfer, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 112.

13 Vgl. Wengenroth, Igel; Cameron, *View*, S. 3–8; O'Brien, *Typology*, S. 305–310; Komlos, *Überblick*, S. 471 ff.; Hahn, *Revolution*, S. 58 f., 96 ff.

14 Die zusammen mit Rainer Karlsch verfasste „*Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter*“ ist schließlich termingerecht im Herbst 2006 erschienen.

Übergänge: Protoindustrielle Gewerberegionen und Industrielle Revolution

Um eine solche Geschichte der Industrialisierung des sächsischen Textilgewerbes in der *longue durée* zu erarbeiten, ist eine Ausweitung des methodisch-theoretischen Rahmens nötig. Der Rückbezug auf frühneuzeitliche Vorläufe des industriellen Wandels verweist zunächst einmal auf eine Forschungsdiskussion, die vor allem in den 1970er und 80er Jahren intensiv geführt worden ist und die sich um den Begriff der „Protoindustrialisierung“ strukturierte. Begriff und Konzept gehen auf den amerikanischen Wirtschaftshistoriker Franklin F. Mendels und dessen Studie zu den Vorläufen der Industrialisierung in Flandern zurück. In Deutschland wurde die Thesen zur Protoindustrialisierung vornehmlich von Peter Kriedte, Hans Medick und Jürgen Schlumbohm programmatisch formuliert und vertreten. Es habe in bestimmten Regionen schon in der Frühneuzeit eine „Industrialisierung vor der Industrialisierung“ stattgefunden. Typischerweise seien protoindustrielle Verdichtungen außerhalb der Städte auf dem Land entstanden, und zwar vornehmlich dort, wo saisonale Arbeitslosigkeit, schlechte Bodenqualitäten und eine hohe Bevölkerungsdichte zu Verarmung und sozialer Differenzierung geführt hätten. Der Zwang für große Teile der ländlichen Bevölkerung in solchen Gegenden, nach zusätzlichen Erwerbsmöglichkeiten zu suchen, habe ein großes Arbeitskräftepotenzial entstehen lassen. Auf der anderen Seite stieg die Nachfrage nach gewerblichen Produkten, vor allem auf dem sich in der Frühneuzeit entfaltenden Weltmarkt. Da nun das städtische Handwerk mit seiner Ausrichtung auf den lokalen Bedarf und seinem Festhalten an rigiden Zunftregularen diese Nachfrage nicht oder nur unzureichend befriedigen konnte, verlagerte sich die gewerbliche Produktion zunehmend in diejenigen ländlichen Regionen, in denen ein großes Reservoir an überschüssigen Arbeitskräften vorhanden war.¹⁵

Bei Mendels bildete die Protoindustrialisierung die erste Phase der Industrialisierung. Medick und Kriedte verstanden sie dagegen als eigenständiges, über längere Zeiträume hinweg stabiles Produktionssystem. Doch auch in ihrer Variante wohnte der Protoindustrialisierung eine Dynamik inne, die zur Einleitung der Industriellen Revolution führte oder führen konnte. Auf der einen Seite drohte die von der Protoindustrialisierung ausgelöste demographische Entwicklung die Subsistenzgrundlagen der Gesellschaft zu sprengen. Die Verdienstmöglichkeiten durch die Ausweitung der protoindustriellen Gewerbe hatten es vielen ärmeren Landbewohnern erlaubt, frühzeitig Familien zu gründen. Zudem habe es die Logik der vormodernen Familienwirtschaft nahe gelegt, das familiale Gesamteinkommen durch möglichst hohe Geburtenzahlen zu steigern, konnten doch Kinder schon in frühem Alter als Arbeitskräfte gebraucht werden. Auf der anderen Seite gelangte das protoindustrielle Produktionssystem an die Grenzen seiner Kapazität: Ein weiteres Wachstum der Produktion war im Rahmen dezentraler Heimarbeit mit einfachen Arbeitsgeräten nicht mehr möglich. Um das ökonomische Wachstum aufrecht

15 Mendels, Proto-Industrialization; Kriedte u. a., Industrialisierung. In knapper Darstellung: Pie-renkemper, Gewerbe, S. 51–55.

zu erhalten und eine demographische Katastrophe abzuwenden, sei ein Übergang zum industriellen Fabrikssystem unabdingbar geworden.¹⁶

In neuerer Zeit hat Ulrich Pfister den Versuch unternommen, das Protoindustrialisierungsparadigma mit den Mitteln der „Neuen Institutionenökonomik“ (NIÖ) konzeptuell wiederzubeleben. Ein „protoindustrielles“ Produktionssystem im Sinne Pfisters ist durch eine konstante Faktorproduktivität gekennzeichnet. Das bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum einer protoindustriellen Region an eine Vermehrung der Arbeitskräfte gekoppelt ist. Produktivitätssteigerungen durch arbeitssparende Innovationen und Investitionen in fixes Anlagekapital sind selten und unbedeutend. Protoindustrielles Wachstum wird in diesem Modell als notwendigerweise kurzlebige Phänomen angesehen. Die Ursache dieser Erscheinung liege in einem exponentiellen Wachstum der Transaktionskosten. „Transaktionskosten“ fallen im Prozess der Herstellung und Vermarktung von Waren und Gütern vor allem beim Abschluss und der Durchsetzung von Verträgen, bei der Arbeits- und Qualitätskontrolle sowie bei der Beschaffung von Marktinformationen an. Je stärker eine protoindustrielle Wirtschaftsregion wuchs, desto schwieriger und kostspieliger sei es für die unternehmerischen Funktionsträger gewesen, die wachsende Anzahl räumlich zunehmend verstreut wohnender Arbeitskräfte zu kontrollieren und eine angemessene Qualität der Waren zu gewährleisten. Je weiter sich das protoindustrielle Produktionsnetzwerk auf diese Weise räumlich und personell ausdehnte, desto länger wurden die Wege, die Rohmaterialien und Waren zwischen dem Lager des „Verlegers“ und den Werkstätten der Heimarbeiter und Handwerker zurücklegten, desto mehr Zwischeninstanzen mussten eingeschaltet werden.¹⁷

Wirtschaftswachstum in protoindustriellen Regionen war daher, so Pfister, zwangsläufig mit abnehmender Rentabilität verbunden. Ältere und größere Gewerbegebiete fielen im Wettbewerb mit jüngeren und kleineren protoindustriellen Revieren bald zurück, so dass die Produktion an neue Standorte wanderte. Diese Volatilität und Kurzlebigkeit bringt Pfister zu dem Schluss, dass protoindustrielle Wachstumsprozesse per se keineswegs als „erste Phase der Industrialisierung“ angesehen werden könnten. Einen funktionalen Zusammenhang zwischen protoindustriellen und industriellen Entwicklungen stellt er dennoch her. Eine mögliche unternehmerische Strategie, die Profitraten stabil zu halten, wenn protoindustrielles Wachstum die Transaktionskosten explodieren ließ, bestand darin, Teile der Produktion zu zentralisieren und zu mechanisieren. In diesem Sinne konnten die Herausforderungen des protoindustriellen Wachstums den Weg in die Industrialisierung bahnen.¹⁸

Technologische Entwicklungen und ihre Folgen erscheinen in den neueren institutionenökonomischen Ansätzen eher als sekundär. Zum Motor der Industrialisierung wird vielmehr der Zwang zur Senkung von Transaktionskosten und zur

16 Vgl. Kriedte u. a., *Industrialisierung*, S. 287; Pfister, *Protoindustrialisierung*; Schremmer, *Industrialisierung*, S. 427–430; Pierenkemper, *Gewerbe*, S. 53.

17 Vgl. Pfister, *Wachstum*, S. 36 ff. Zum Begriff der „Transaktionskosten“ vgl. Wischermann/Niederding, *Revolution*, S. 22 ff.; North, *Institutionen*, S. 32.

18 Vgl. Pfister, *Wachstum*, S. 44 f.

Institutionalisierung effektiver Arbeitskontrollen erklärt. Damit verschieben sich auch die Kategorien, die den Charakter des industriellen Transformationsprozesses kennzeichnen. Zielpunkt der Entwicklung ist das integrierte Unternehmen, in dem Produktion und Absatz im Eigenbetrieb zusammengefasst sind – ob nun Maschinen eingesetzt werden oder nicht.¹⁹ Eine Variante dieser Lesart präsentiert Christian Kleinschmidt in seinem Versuch, die Sphäre des Marktes stärker in den Wandlungsprozess einzubeziehen. Demnach sollte die Entwicklung vom dezentralen Verlag zum integrierten Unternehmen vor allem als Antwort auf weltwirtschaftliche Herausforderungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verstanden werden. Die Vergrößerung der Märkte und die von Kriegen und Handelswegskrisen hervorgerufenen Unsicherheiten hätten für die exportorientierten Kaufleute die Probleme der Informationsbeschaffung erhöht. Zudem seien sie mit massiven *Principal-Agent*-Problemen konfrontiert gewesen. Wachsende Interessenunterschiede zwischen Verlegern/Kaufleuten und Produzenten hätten zur Erhöhung der Transaktionskosten, zu Qualitätseinbußen in der Warenproduktion und damit letztlich zum Verlust der Konkurrenzfähigkeit auf den überseeischen Märkten geführt. Diese Konstellation habe schließlich den Übergang zum zentralisierten Unternehmen und die Aufhebung der Funktionsteilung von Produktion und Absatz erzwungen.²⁰

Globalisierung und Industrialisierung

Kleinschmidts Szenario zählt zu den ganz wenigen Versuchen, das Protoindustrialisierung-Konzept in eine systematische Beziehung mit der Entwicklung der Absatzmärkte zu setzen. Im Rückblick erscheint es in der Tat bemerkenswert, dass die Entstehung protoindustriell verdichteter Zonen vor allem auf Entwicklungen des ländlichen Arbeitskräfteangebots zurückgeführt und argumentativ entfaltet worden ist. Zwar verweist schon die ältere Protoindustrialisierungsliteratur auf die „Nachfrage“ des „Weltmarktes“ als bedeutsamen Faktor für die Entfaltung protoindustrieller Strukturen. Doch letztlich interessieren sich die deutschen Protoindustrialisierungshistoriker mehr für die Familienwirtschaft der Kleinproduzenten als für das weit entfernte Weltmarktgeschehen.²¹ Ähnliches gilt *cum grano salis* auch für viele Studien zur regionalen Industrialisierung, die den Bereich der Vermarktung und des Wettbewerbs mehr oder minder ausklammern. Dies mag zum Teil arbeitsökonomische Gründe haben: Der Wettbewerb auf verstreuten Märkten lässt sich quellenmäßig wesentlich schwieriger erschließen als die Entwicklung der „Produktivkräfte“ in der Untersuchungsregion selbst. In der Regel wird dieses Vorgehen aber noch nicht einmal problematisiert. Viele Autoren scheinen von der impliziten Prämisse auszugehen, der *Input* an Produktionsfaktoren determiniere den *Output* des wirtschaftlichen Erfolgs. Was in der dazwischen geschalteten *Black Box* des Marktes passiert, erscheint daher von sekundärem Interesse. Die handlungsgeschichtliche For-

19 Vgl. dezidiert: Wischermann, Unternehmensgeschichte, S. 456 f.

20 Vgl. Kleinschmidt, Weltwirtschaft.

21 Vgl. die Kritik von Goriben, Handelshaus, S. 361; Kleinschmidt, Weltwirtschaft, S. 73

schung wiederum hat bisher kaum einen systematischen Versuch unternommen, die Expansion der Handelswege und Handelsströme und die Modernisierung der Handelstechniken mit den Fragestellungen der Protoindustrialisierungs- und Industrialisierungshistoriographie zu verbinden.²²

An dieser Stelle lohnt ein kleiner Exkurs auf das Gebiet der historischen Globalisierungsforschung. Der Aufschwung der protoindustriellen Textilwirtschaft seit etwa 1750 und ihre industrielle Transformation im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde von mindestens zwei mächtigen Globalisierungsschüben begleitet. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts verdichteten sich die transatlantischen Handelsbeziehungen. Auf der einen Seite stand die Ausbreitung und Intensivierung einer amerikanischen Plantagenwirtschaft, die auf den europäischen Konsum und den Rohstoffbedarf der protoindustriellen Gewerbe ausgerichtet war. Der anschwellende Strom des transatlantischen West-Ost-Handel fand auf der anderen Seite seine Entsprechung im Aufschwung des Fertigwarenexports in der umgekehrten Richtung. Gleichzeitig versuchten die beiden stärksten europäischen Kolonialmächte, Großbritannien und Frankreich, ihre Herrschaft auszudehnen und zu festigen. Damit verbunden war die Etablierung ähnlicher Austauschbeziehungen wie im transatlantischen Handelsverkehr – europäische Manufakturwaren gegen überseeische Rohstoffe und Agrarprodukte –, ein Prozess, dem schließlich die hochstehende indische Textilmanufaktur zum Opfer fiel.

An den Bestrebungen konkurrierender europäischer Staaten, ihre überseeische Herrschaft zu intensivieren und auszuweiten, entzündete sich von den 1750er Jahren bis in die frühen 1820er Jahre eine lange Reihe von See-, Kolonial- und Unabhängigkeitskriegen. An deren Ende waren die meisten europäischen Siedlungskolonien des amerikanischen Kontinents zu unabhängigen Staaten geworden. Es ist wohl diese Periode der Kriege, Handelskriege und Seeblockaden und der dadurch hervorgerufenen „Handelswegkrisen“ und Störungen des transnationalen und überseeischen Warenaustauschs, auf die Kleinschmidt in seinem Aufsatz rekurriert. In diesem Sinne lassen sich hier durchaus auch desintegrierende und „de-globalisierende“ Tendenzen ausmachen.²³

Ein zweiter Globalisierungsschub, eindeutiger greifbar und in seinen Folgen spektakulärer, setzte um das Jahr 1840 ein. Der europäische und interkontinentale Warenaustausch wurde durch eine Verkehrs-, Transport- und Kommunikationsrevolution – Eisenbahnen, ozeanweiter Dampfschiffverkehr, Telegraphenleitungsnetze usw. – massiv erleichtert und beschleunigt. Handelspolitische Barrieren wie Einfuhrzölle oder Importverbote wurden nach der Mitte des 19. Jahrhunderts gesenkt oder ganz weggeräumt. Es ist anzunehmen, dass dieser Globalisierungsschub nicht zufällig mit einer Kernperiode der kontinentaleuropäischen und nordamerikanischen Industrialisierung – dem dritten Viertel des 19. Jahrhunderts – zusammenfiel.²⁴

22 Vgl. Gorißen, *Handelshaus*, S. 26.

23 Vgl. Osterhammel/Petersson, *Globalisierung*, S. 46–49; Kleinschmidt, *Weltwirtschaft*, S. 76 f.; Wallerstein, *Expansion*, S. 196–201.

24 Vgl. Osterhammel/Petersson, *Globalisierung*, S. 25 f.

Der Globalisierungsbegriff bietet für eine Konzeptualisierung des industriellen Transformationsprozesses einen nützlichen heuristischen Zugang. „Globalisierung“ im Bereich der Wirtschaft kann als eine sukzessive, in der Tendenz weltweite Integration von (Kapital-, Rohstoff-, Waren-, Arbeits-) Märkten verstanden werden. Die wirtschaftshistorische Forschung macht diese Entwicklung statistisch etwa an einer zunehmenden Faktorpreiskonvergenz fest. Je mehr sich Arbeitskosten und Kapitalzinsen angleichen, je weniger die Transportkosten ins Gewicht fallen, desto stärker pegeln sich demnach die Warenpreise weltweit auf einem ähnlichen Niveau ein.²⁵ Man kann diesen Zusammenhang auch aus einer institutionenökonomischen Perspektive formulieren: Je dichter und vertrauenswürdiger sich das institutionelle Rahmenwerk des globalen Handels ausbildete, desto mehr sanken die Transaktionskosten bei der Vermarktung von Waren. Für die Beziehung zwischen den europäischen Textilgewerberegionen würde dies im Prinzip bedeuten, dass sie auf einer wachsenden Zahl von Märkten in direkte Konkurrenz zueinander traten (oder treten konnten). Dadurch wurde es wiederum zunehmend wahrscheinlicher, dass Produktivitätsfortschritte, die in einer Region erzielt wurden, Produzenten der gleichen Branche in anderen Regionen unter Wettbewerbsdruck setzten.²⁶

Mit dieser heuristischen Annahme lässt sich ein funktionaler Zusammenhang zwischen Globalisierungs- und Industrialisierungsprozessen herstellen. Exogene Faktoren regionaler Industrialisierung können konzeptionell einbezogen und damit ein „blinder Fleck“ gängiger Konzepte beseitigt werden. Noch Mendels hat in seinen programmatischen Aufsätzen die britische Herausforderung für die kontinental-europäischen Gewerberegionen im Blick. Dort, wo protoindustrielle Entwicklungen am kräftigsten ausgebildet waren, seien die Chancen am größten gewesen, diese Herausforderung zu bewältigen.²⁷ Seitdem scheinen sich die Industrialisierungsmodelle der Protoindustrialisierungsforscher fast ganz auf eine endogene Dynamik zu beschränken: Wenn das protoindustrielle System seine Wachstumsgrenzen erreicht hat, stehen die regionalen Akteure vor die Wahl, den Sprung ins industrielle Zeitalter zu wagen oder den wirtschaftlichen Niedergang der Region hinzunehmen. Doch gerade für die meisten Textilgewerberegionen erscheint dies angesichts der frühindustriellen Entwicklungen in Großbritannien als ein ziemlich realitätsfernes Szenario. Waren nämlich die ersten Schritte zu industriellen Produktionsformen erst einmal in einer Region erfolgreich vollzogen, begannen fortan exogene Faktoren auf die weitere Entwicklung der übrigen Regionen einzuwirken.²⁸ Je intensiver die protoindustriellen Gewerberegionen miteinander in Austausch- und Wettbewerbsbeziehungen standen, desto größere Wellen dürfte es geschlagen haben, wenn in einer von ihnen industrielle Produktivitäts- und Wachstumssprünge auftraten.

Genau dieser Umstand trug allerdings wiederum dazu bei, dass der Prozess wirtschaftlicher Globalisierung von eigentümlichen Ambivalenzen und Gegenbe-

25 Vgl. Torp, *Weltwirtschaft*, S. 572–579; O'Rourke/Williamson, *Globalization* S. 5, 74.

26 Vgl. Pohl, *Aufbruch*, S. 21–24; Osterhammel/Petersson, *Globalisierung*, S. 50–55.

27 Vgl. Mendels, *Proto-Industrialization*, S. 245 f.

28 Dies konzedieren auch Kriedte u. a., *Industrialisierung*, S. 278 f.

wegungen geprägt war. Globalisierungsschübe veranlassten nicht selten die Erhöhung von Interaktionsbarrieren im zwischenstaatlichen Bereich. Wenn verkehrs- und kommunikationstechnische Innovationen oder die Herausbildung und Verdichtung der kommerziellen Infrastruktur zu einem sprunghaften Wachstum des internationalen Austauschs von Wirtschaftsgütern führten, rief dies auf nationalstaatlicher Ebene in aller Regel Gegenkräfte hervor. Diejenigen Wirtschaftsakteure, die sich von der Globalisierung in ihren Interessen bedroht fühlten, forderten von ihren Regierungen handelspolitische Schutzmaßnahmen. Oft genug fanden sie dabei auch Gehör, so dass wirtschaftliche Globalisierungsprozesse abgebremst, u. U. sogar phasenweise revidiert wurden.²⁹

Die Beziehungen und Wettbewerbsverhältnisse zwischen den europäischen Textilexportregionen formierten sich demnach in einem Spannungsfeld gegenläufiger Globalisierungstendenzen. Die Frage ist nun, in welcher Weise die Ambivalenzen des Globalisierungsprozesses mit der angenommenen Grundkonstellation eines industriellen Entwicklungsgefälles zwischen den britischen und den kontinentaleuropäischen Textilexportregionen in Beziehung zu setzen sind. Folgt man der einflussreichen Lesart des französischen Wirtschaftshistoriker François Crouzet, so waren die kontinentaleuropäischen Exportgewerbe angesichts des enormen industriellen Vorsprungs ihrer britischen Konkurrenten nach 1800 dazu gezwungen, ihre im 18. Jahrhundert erlangte Position auf den Weltmärkten aufzugeben. Die Napoleonische Kontinental Sperre habe Baumwollwaren produzierende Regionen wie Sachsen und die Schweiz vor dem ökonomischen Kollaps bewahrt und ihnen den Spielraum verschafft, industrielle Schlüsselinnovationen wie die Maschinenspinnerei einführen. Die Abspernung von europäischen Absatzgebieten nach 1807 und der Übergang vieler Staaten des Kontinents zum handelspolitischen Protektionismus bald nach 1815 habe wiederum die britische Industrie auf die überseeischen Märkte verwiesen. Der Preis, den die proto- und frühindustriellen Produzenten auf den europäischen Festland für ihre „Rettung“ zu zahlen gehabt hätten, sei ihre Beschränkung auf den eigenen Binnenmarkt gewesen.³⁰

Pioniere und Nachzügler der Industrialisierung

Auch der deutschen Industrialisierungsforschung ist dieses Szenario an sich nicht fremd gewesen. Schon in der zeitgenössischen Debatte wurde die Ungleichheit der industriellen Entwicklung in Europa als zentrales Problem begriffen. Wie konnte das industriell „rückständige“ Deutschland den Vorsprung der „Pioniernation“ Großbritannien aufholen? Die ältere Forschung hat diese Fragestellung willig aufgegriffen und in den Kategorien eines nationalen Konkurrenzkampfes sinnhaft gerahmt. In den 1950er Jahre hat Alexander Gerschenkron die Konstellation eines europäischen West-Ost-Gefälles des Industrialisierungsprozesses in einem einflussreichen theoretischen Ansatz verdichtet. Je rückständiger die Wirtschaftsstruktur in

29 Vgl. zu dieser Dynamik vor allem Fäßler, *Globalisierung*, S. 44 f., 94–97.

30 Vgl. Crouzet, *Wars*, S. 577, 587 f.; ders., *Export Economy*, S. 220–223.

einem Land war und je später die Industrialisierung einsetzte, so Gerschenkrons Leitthese, desto schneller verlief der Prozess industriellen Wachstum, wenn er einmal in Gang gekommen war. Charakteristisch für die Industrialisierung in „Nachzügler“-Ländern sei es, dass sie eher exogen als endogen gesteuert und angetrieben werde – etwa von einer aktiven staatlichen Industrialisierungspolitik oder von kapitalkräftigen Großbanken. Eine nachholende Industrialisierung bringe gewöhnlich eine Wirtschaftsstruktur hervor, die geprägt werde durch kapitalintensive Großunternehmen, die eher Investitions- als Konsumgüter produzierten. Der Aufstieg der deutschen Montanindustrie, der Elektro- und Chemiekonzerne, die Entwicklung der deutschen „Universalbanken“ und ihre Rolle bei der Industriefinanzierung, die Entstehung des „Interventionsstaates“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – all dies schien die Industrialisierung in Deutschland zum empirischen Musterbeispiel für Gerschenkrons Modell zu machen.³¹

Zwar gehörte die Annahme, dass sich in Deutschland eine „nachholende“ Industrialisierung unter den Bedingungen des Wettbewerbs mit der technologisch und betriebsorganisatorisch überlegenen westeuropäischen Konkurrenz zu vollziehen hatte, durchaus zum Gemeingut der deutschen Wirtschaftsgeschichtsschreibung. Doch wurde dieser Umstand in vielen Studien vornehmlich als Rahmenbedingung hingenommen, ohne dass die Konkurrenzbeziehung als solche tiefergehend thematisiert worden wäre. Die Gerschenkron-These und ebenso Rostows *Take-Off*-Modell, das ja ursprünglich als Handlungsanleitung für industrielle Schwellenländer gedacht war, legten es der historischen Industrialisierungsforschung nahe, sich vor allem auf die Rolle des Staates zu konzentrieren.

In jüngerer Zeit sind dann auch wieder die Wirtschaftsakteure selbst stärker in den Mittelpunkt des historischen Interesses gerückt. In Rudolf Bochs Studie zur Industrialisierungsdebatte des rheinischen Wirtschaftsbürgertums wird das von Crouzet entfaltete Szenario gewissermaßen aus der Perspektive der kontinentaleuropäischen Unternehmer und Großkaufleute betrachtet. Während eine ältere Generation von Großverlegern nach dem Ende der napoleonischen Ära vergeblich versuchte, auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen, habe eine jüngere Generation rheinischer Wirtschaftsbürger auf eine beschleunigte Industrialisierung gesetzt. Statt mühsam neue Absatzwege für die Erzeugnisse der protoindustriellen Manufaktur auf unsicheren überseeischen Märkten zu erschließen, plädierten letztere dafür, in einem zollgeschützten Binnenraum eine „nationale Gesamtindustrie“ nach britischem Muster zu entwickeln.³²

Eine Variante dieser Argumentation findet sich auch in den Studien zur Industrialisierung des ostwestfälischen Leinengewerbes. Auch hier erscheinen die kaufmännischen Verhaltensdispositionen der alten Verlegerelite als Hemmschuh des industriellen Fortschritts. Erst eine jüngere Generation habe – gerade noch rechtzeitig – den Übergang zur Maschinenweberei und mechanischen Flachsspinnerei im

31 Vgl. Gerschenkron, *Backwardness*; Ditt, *Vorreiter*, S. 29 f.;

32 Vgl. Boch, *Wachstum*; ders., *Transatlantikhandel*.

zentralen Eigenbetrieb vollzogen.³³ Der Bielefelder Leinwandmanufaktur war damit – nach dieser Lesart – das Schicksal Schlesiens, der ehemals bedeutendsten mitteleuropäischen Leinenregion, erspart geblieben. Marcel Boldorf macht in seiner vergleichende Studie des protoindustriellen Leinenexportgewerbes in Schlesien und Nordirland die Ursachen der gescheiterten Industrialisierung in der niederschlesischen Textilwirtschaft allerdings auf einer noch früheren Entwicklungsstufe fest. Hier hatten die ansässigen Leinenhändler nicht einmal den Schritt vom Kaufmann zum Verlagsunternehmer gemacht.³⁴

Erfolg und Scheitern des Industrialisierungsprozesses wird in allen diesen Studien letztlich am möglichst zeitigen Nachvollzug technologisch-betriebsorganisatorischer Entwicklungen festgemacht. Selbst Boldorf vergleicht vornehmlich das Produktionsregime der von ihm untersuchten Leinenregionen miteinander. Die Wettbewerbsbeziehungen dieser beiden auf den globalen Märkten konkurrierenden Regionen und die Bedingungen, unter den sich dieser Wettbewerb vollzog, interessieren ihn dagegen kaum. Möglicherweise verstellt die Fokussierung auf eine nachvollziehende Industrialisierung den Blick auf alternative Strategien, der Herausforderung einer industriell fortgeschrittenen Konkurrenz zu begegnen. Solche Strategien sollten nicht von vornherein als inadäquat, kurzsichtig oder irrational bewertet werden. Gerade für den Textilsektor liegen mittlerweile (vor allem französische) Befunde vor, nach denen die Beibehaltung bzw. Neuausbildung dezentraler Produktionssysteme sich als unternehmerisch rationaler erweisen konnten als ein frühzeitiger Übergang zur Fabrikindustrie.³⁵

Hat nicht überhaupt das Paradigma der „nachholenden Industrialisierung“ dazu beigetragen, dass der Prozess der Industrialisierung in Deutschland auch noch in den neueren Überblicksdarstellungen³⁶ allzu einseitig gezeichnet wird? Können tatsächlich die Groß-, Schwer- und Montanindustrie pars pro toto für das Ergebnis der deutschen Industrialisierung stehen? Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Gary Herrigel hat in einer 1996 erschienenen Arbeit gegen diesen Strich argumentiert. Er glaubt die „Quellen der deutschen Industriemacht“ auf einem alternativen Industrialisierungspfad zu entdecken. Herrigel schlägt den Bogen zu den protoindustriellen Gewerberegionen und zeichnet eine Kontinuität dezentraler Produktionsstrukturen und Formen der Arbeitsteilung zwischen kleinen und mittleren Unternehmen bis in das späte 20. Jahrhundert. Die regionalen Basen dieser auf den globalen Märkten erfolgreichen Industrien verortet er im Rheinland, im südlichen Hessen, in Baden und Württemberg, in Thüringen – und in Sachsen.³⁷

33 Vgl. Ditt, *Industrialisierung*, S. 30 ff.; Flügel, *Region*, S. 100 f.; Wischermann, *Krisen*, S. 23 ff.; ders./Nieberding, *Revolution*, S. 77 f.

34 Vgl. Boldorf, *Leinenregionen*, S. 279 f.; hierzu auch schon Kisch, *Textile Industries*, S. 552 f.

35 Vgl. Sabel/Zeitlin, *Stories*, S. 20–28; Piore/Sabel, *Massenproduktion*, S. 36 f.; Cottreau, *Fate*.

36 Vgl. etwa Hahn, *Revolution*, S. 24–39; Ziegler, *Revolution*, S. 51–93.

37 Herrigel, *Industrial Constructions*, S. 44–49.